

Beschluss (vorläufig) Kapitel 2: Berlin hält zusammen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 14.02.2026
Tagesordnungspunkt: 3. Kapitel 2 des Landeswahlprogramms (Wohnen, Stadtentwicklung, Tourismus, Clubkultur, Soziales)

1 Berlin ist unser gemeinsames Zuhause. Die Frage sozialer Gerechtigkeit und
2 gesellschaftlichen Zusammenhalts entscheidet sich hier vor Ort, im öffentlichen Raum wie in
3 den eigenen vier Wänden. Wohnen muss als menschliches Grundbedürfnis geschützt werden.
4 Deshalb kämpfen wir Bündnisgrüne für bezahlbare Mieten und eine gemeinwohlorientierte
5 Stadtentwicklung, gegen Spekulation und den Ausverkauf von öffentlichem Grund und Boden.
6 Berlin braucht nicht nur mehr, sondern vor allem bezahlbaren Wohnraum – und einen Neubau,
7 der soziale und kulturelle Infrastruktur, den Schutz des Klimas und der kritischen
8 Infrastruktur sowie die Anpassungen an den Klimawandel automatisch mitdenkt.

9 Gerechtigkeit und Zusammenhalt sind für uns Bündnisgrüne auch eine Frage von sozialer
10 Sicherheit. Niemand soll in Berlin durchs Raster fallen und verloren gehen. Wir finden uns
11 mit Obdachlosigkeit und Kinder- und Altersarmut nicht ab, sondern gehen die Probleme an: mit
12 effektiven, dezentralen Hilfsstrukturen, einer gut ausgestatteten Stadtteilarbeit und
13 niedrigschwelligen Beratungs- und Präventionsangeboten. Wir wollen, dass unser Sozialsystem
14 für alle da ist, die Hilfe brauchen – entscheidend dafür sind gut aufgestellte,
15 digitalisierte Ämter, die Unterstützung schnell und aus einer Hand gewährleisten können. Wir
16 Bündnisgrüne stehen für einen modernen Sozialstaat in einer solidarischen Gesellschaft, die
17 keinen Menschen aus dem Blick verliert. Denn das offene, vielfältige und solidarische
18 Berlin, das wir so lieben, gibt es nur, wenn wir zusammenhalten und niemand zurückgelassen
19 wird.

20 2.1. Sicheres Wohnen – sozial, klimafreundlich und 21 gemeinwohlorientiert

22 Wir Bündnisgrüne stehen für ein Berlin, in dem jeder Mensch sein Recht auf angemessenen
23 Wohnraum wahrnehmen kann. Das Land ist verpflichtet, die Schaffung und Erhaltung von
24 angemessenem Wohnraum, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen, sicherzustellen.
25 Dieses Grundrecht aus Artikel 28 unserer Landesverfassung wollen wir endlich durchsetzen.
26 Deshalb schützen wir Mieter*innen vor Wucher, Kündigung und Abriss. Wir schöpfen die
27 Gesetzgebungskompetenzen des Landes für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik
28 vollständig aus und setzen das Recht konsequent um: Dafür braucht es unter anderem starke
29 Bezirke mit qualifiziertem Personal, Datenzugang und verbindlichen Kompetenzen bei
30 Kontrolle, Beratung und rechtlicher Durchsetzung.

31 Kleine private Vermieter*innen die nur einzelne oder wenige Wohnungen besitzen, diese
32 dauerhaft zu fairen Preisen vermieten und sich verantwortlich um ihre Mieter*innen kümmern,
33 stehen dabei nicht im Mittelpunkt. Unser Ziel ist es, vor allem große, renditeorientierte
34 Wohnungsunternehmen in die Pflicht zu nehmen und zugleich verantwortungsvolles privates
35 Vermieten nicht unnötig zu erschweren.

36 Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen werden wir zu dauerhaft gemeinwohlorientierten
37 Akteur*innen weiterentwickeln – mit klaren sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen
38 Leitlinien sowie stärkerer Kontrolle.

39 Zu ihren Aufgaben gehört nicht nur die Bereitstellung von Wohnraum, sondern auch, dass sie
40 einen aktiven Beitrag zur Quartiersentwicklung, kultureller und sozialer Infrastruktur und

41 Klimaschutz leisten. Genossenschaften, Stiftungen oder Modelle wie das Miethäuser Syndikat
42 zeigen, wie bezahlbarer Wohnraum dauerhaft gesichert oder neu gebaut wird. Deshalb setzen
43 wir Grüne sämtliche Hebel in Bewegung, um alle am Gemeinwohl orientierten Träger*innen
44 umfassend zu stärken. Dazu gehören für uns auch private Vermieter*innen, die rechtlich
45 verbindlich und dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen und sich verlässlich um ihre
46 Mieter*innen kümmern. Bündnisgrüne Wohnungspolitik ist gemeinwohlorientiert und will klare
47 Regeln für alle. Wir statten die Verwaltung so aus, dass sie in der Lage ist, schnell und
48 effektiv zu reagieren, wo Missstände auftreten. So kommen wir unserem Ziel eines
49 mehrheitlich gemeinwohlorientierten ausgerichteten Wohnungsmarktes nach Wiener Vorbild Schritt
50 für Schritt näher.

51 Öffentlichen Boden für das Gemeinwohl sichern

52 Wir Bündnisgrüne wollen öffentlichen Grund und Boden nicht verkaufen, sondern vermehren.
53 Öffentliche Grundstücke werden nach dem Prinzip der Konzeptvergabe ausgeschrieben: Wer das
54 beste gemeinwohlorientierte Nutzungskonzept hat, bekommt den Zuschlag. Wohnungsbau folgt für
55 uns nicht den Gesetzen des Aktienmarkts, sondern dem Bedarf der Berliner*innen: als klima-
56 und sozialverträgliche behutsame Innenentwicklung in Form von Aufstockung, Dachausbau,
57 Nachverdichtung sowie in Gestalt neuer Stadtquartiere, in denen Wohnen, Arbeiten, kulturelle
58 und soziale Infrastruktur, Grünflächen und Mobilität von vornherein zusammen gedacht und
59 geplant werden – zu bezahlbaren Mieten.

60 Für lebendige Kieze in einer durchgrüneten Stadt

61 Mit verkehrsberuhigten Kiezen und einer vielfältigen Stadtnatur, die uns vor den Folgen des
62 Klimawandels schützt, wollen wir Berlin als grüne Stadt gestalten. Die Stadtplanung erfolgt
63 demokratisch, partizipativ und in enger Abstimmung mit den Bezirken. Ob im Bestand oder im
64 Neubau: Wir wollen lebendige Kieze mit der typischen Berliner Mischung aus Wohnen,
65 kulturellen und sozialen Orten, Kleingewerbe und Handwerk durch einen besseren Schutz von
66 Gewerbemietern*innen und die Sicherung und Bereitstellung bezahlbaren Gewerberaums fördern.

67 Damit diese Berliner Mischung erhalten bleibt, werden wir eine wirksame Härtefallregelung
68 schaffen, die u.a. Kleingewerbe, Clubs, Strandbäder, Wagenburgen, soziale und kulturelle
69 Einrichtungen vor unverhältnismäßigen Steigerungen der Grundsteuer schützt.

70 Mietwohnungen wieder bezahlbar machen und vor Finanzinteressen
71 schützen

72 Wir setzen uns für bezahlbare Mieten, gut instand gehaltene Wohnungen und energetische
73 Modernisierung ein. Die großen Immobilienkonzerne unterwerfen sich stattdessen vor allem
74 den Regeln des Finanzmarktes. Die Bestands- und Angebotsmieten werden immer weiter erhöht
75 und das lückenhafte Mietrecht wird ausgenutzt, um maximale Renditen zu erzielen. Diese
76 Entwicklungen haben zu großen Ungerechtigkeiten auf dem Berliner Wohnungsmarkt geführt, und
77 immer mehr Menschen haben Probleme, sich angemessen mit Wohnraum zu versorgen.

78
79 Mit unserem Bezahlbare-Mieten-Gesetz werden wir Vermieter*innen, die mehr als 50
80 Wohneinheiten haben, dazu verpflichten, je nach Unternehmensgröße einen bestimmten Anteil
81 ihrer Wohnungen zu bezahlbaren Preisen anzubieten, für die Instandhaltung Geld zurückzulegen
82 und entsprechende Mittel zweckgebunden in die Häuser zu investieren. So verbessern wir den
83 Zugang zu bezahlbarem Wohnraum und sichern einen guten Zustand aller Wohnungen. Wir wollen
84 durch die Einführung eines Wohnungskatasters endlich Transparenz auf dem Berliner

85 Wohnungsmarkt schaffen. Es kann nicht sein, dass wir oft nicht wissen, wem welche Immobilien
86 wirklich gehören, und Eigentum verschleiert wird. Bei Verstößen gegen das Bezahlbare-Mieten-
87 Gesetz sehen wir harte Sanktionen vor: Statt nur Bußgelder auszusprechen, die viele
88 renditegetriebene Geschäftsmodelle aus der Portokasse bezahlen oder bei der Verwertung von
89 schlecht sanierten Häusern mit einpreisen, wollen wir Treuhänder*innen einsetzen, die für
90 eine ordentliche Instandhaltung und soziale Vermietung sorgen. Außerdem sollen Gewinne, die
91 sich aus Verstößen gegen das Bezahlbare-Mieten-Gesetz speisen, in Zukunft abgeschöpft werden
92 können. Unser Gesetz nimmt insbesondere große Vermieter*innen in den Blick: für sie setzen
93 wir klare Regeln. Sollten einzelne Großvermieter*innen diesem sozialen Rahmen dennoch
94 partout nicht nachkommen und sich wiederholt weigern, die Regeln einzuhalten, ist für uns
95 klar, dass diese Vermieter*innen auch auf Dauer nichts mehr auf dem Berliner Wohnungsmarkt
96 zu suchen haben und ihre Wohnungen veräußern müssen. Unser Ziel ist eine sichere Versorgung
97 breiter Berliner Bevölkerungsschichten mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum.

98
99 Viele Berliner*innen erleben schmerzhaft Verdrängung aus ihren Kiezen in Folge von
100 Umwandlungen und immer höheren Mieten. Auch deshalb haben wir Grüne uns dafür eingesetzt,
101 dass der erfolgreiche Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ umgesetzt wird.
102 Stattdessen hat Schwarz-Rot die Initiative und die Berliner*innen hingehalten. Es ist
103 unverantwortlich, dass die Initiative nun selbst einen Entwurf vorlegen und damit die Arbeit
104 der Regierung leisten muss! So geht man nicht mit der Entscheidung von Wähler*innen um!
105 Weitere vier Jahre Stillstand können wir uns nicht leisten! Die Ergebnisse der
106 Expert*innenkommission und der Gesetzesentwurf der Initiative zeigen, dass eine
107 Vergesellschaftung rechtlich möglich und finanzierbar ist. Wir werden den bereits
108 beschlossenen Volksentscheid deshalb weiter vorantreiben und unterstützen weiterhin die
109 Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“.

110 Zweckentfremdung und Leerstand konsequent bekämpfen

111 Wir brauchen unsere Wohnungen zum Wohnen. Wir wollen mehr Wohnraum zurückgewinnen, indem wir

112 das Zweckentfremdungsverbotsgesetz endlich schärfen und die Vollzugsdefizite beheben. Die
113 Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnung werden wir weiter unterbinden und einen
114 Bußgeldkatalog mit einem Mindestbußgeld von 50.000 Euro bei Zweckentfremdungen einführen.
115 Wir prüfen, wie man die Zweckentfremdung von Hausbooten als Ferienwohnungen möglichst
116 verhindern kann. Mit einer öffentlich einsehbaren interaktiven Karte und einer
117 entsprechenden App erleichtern wir die Meldung, Dokumentation und Verfolgung von
118 Verdachtsfällen für illegale Ferienwohnungen. Das Treuhänder*innen-Modell werden wir endlich
119 zur Anwendung bringen und damit Wohnraum in leerstehenden Häusern wieder für Wohnzwecke
120 herstellen. Mit einem schärferen Gesetz gegen spekulativen Leerstand sorgen wir dafür, dass
121 Wohnraum nach sechs Monaten Leerstand unter Zwangsverwaltung gestellt und in letzter
122 Konsequenz vergesellschaftet werden kann. Außerdem bauen wir den Milieuschutz weiter aus,
123 indem wir besonders Bezirke mit Bedarf weiterer Gebietsausweisungen wie beispielsweise
124 Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau oder Marzahn-Hellersdorf unterstützen. Zudem wird
125 Personal in den Gebieten verstärkt, um möbliertes Wohnen auf Zeit zu unterbinden.

126
127 Während viele Berliner*innen verzweifelt eine Wohnung suchen, sorgen Spekulation und
128 mangelnde Instandhaltung dafür, dass Gebäude leer stehen oder abgerissen werden, um mit
129 hochpreisigen Neubauten höhere Renditen zu erzielen. Wir Grüne werden daher neben einem
130 Monitoring auch ein Abriss-Verbot für Mehrfamilienhäuser einführen. Der Abriss von Wohnraum
131 muss grundsätzlich verboten werden. Die Umnutzung und Weiterentwicklung bestehender Gebäude
132 zu Wohnzwecken für Bewohner*innen und Eigentümer*innen wollen wir dagegen erleichtern. Wir

133 werden den Umbau von Büros in Wohnraum durch ein Förderprogramm ankurbeln. Dazu gehört auch
134 die Förderung von Generationen-WGs - auch dezidiert für queere Menschen - und die Schaffung
135 barrierefreier, bezahlbarer, kleiner Wohnungen innerhalb bestehender Siedlungen und
136 Quartiere, um altersgerechte Alternativen im Kiez zu ermöglichen. Diskriminierung auf dem
137 Wohnungsmarkt treten wir entschieden entgegen. Der Zugang zu Wohnraum muss für alle Menschen
138 gleichberechtigt gelten. Zur Unterstützung von Diskriminierung Betroffenen leistet die
139 Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt einen wichtigen Beitrag, die wir in
140 der letzten Wahlperiode als Modellprojekt auf den Weg gebracht haben. Sie werden wir weiter
141 stärken.

142 Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen

143 Verdrängung durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen sind für viele Berliner*innen real.
144 Daher streben wir den Aufbau einer Ankaufagentur für den Erwerb umgewandelter Wohnungen an.
145 Mit einem Sofortprogramm „Wohnungsnot durch Umwandlung und Eigenbedarfskündigungen stoppen“
146 etablieren wir Förderinstrumente für Ankäufe von aufgeteilten Häusern und einzelnen
147 Eigentumswohnungen und stärken die Genossenschaftliche Immobilienagentur Berlin-Brandenburg
148 (GImA) sowie Strukturen in den Bezirken, die Mieter*innen und Genossenschaften beim
149 gemeinschaftlichen Erwerb unterstützen. Zudem wollen wir Strukturen aufbauen, um
150 Eigenbedarfskündigungen behördlich kontrollieren zu können. Um illegale
151 Eigenbedarfskündigungen zu verhindern führen wir ein zentrales
152 Eigenbedarfskündigungskataster ein. Vollzogenen Eigenbedarf überprüfen wir automatisch durch
153 einen Anschluss an die Meldedaten der Bürgerämter. Besonders vulnerable Gruppen sollen im
154 Notfall auch bei den Landeseigenen Wohnungsunternehmen Ersatzwohnraum erhalten. In den
155 Bezirken erweitern wir die kostenfreie Mieter*innenberatung und bauen die Landeseigene
156 Mietpreisprüfstelle stadtweit durch weitere Standorte aus. Wir setzen uns dafür ein, dass
157 Menschen aus einkommensschwachen Haushalte rechtsschutzversichert ihre Rechte wahrnehmen
158 können. Wir stärken die Jobcenter bzw. Sozialämter, damit sie überhöhte Mieten bei den
159 Kosten der Unterkunft kontrollieren und ahnden können. Wir stärken die Bezirke im Kampf
160 gegen Mietwucher. Zur Einhaltung des Bezahlbare-Mieten-Gesetzes und als Unterstützung der
161 Bezirke schaffen wir zudem ein Landesamt für Wohnungswesen.

162 Nachhaltig und gemeinwohlorientiert bauen

163 Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen stehen unter erheblichem Druck, zugleich günstige
164 Mieten, soziale Wohnraumversorgung, hohe Instandhaltungsqualität, energetische
165 Modernisierung und ökologische Neubauziele zu erfüllen – bei begrenzten finanziellen
166 Spielräumen. Wir wollen sie gezielt unterstützen, damit sie ihrem öffentlichen Auftrag und
167 den daraus folgenden Erwartungen gerecht werden können. Durch gezielte Stärkung des
168 Gesellschaftlicher Berlin sollen die erforderlichen Sozialwohnungen und auch die energetische
169 Modernisierung ohne weitere Mietsteigerungen realisiert werden können. Genossenschaften
170 brauchen – so wie auch andere am Gemeinwohl orientierte Akteur*innen – einen besseren Zugang
171 zu Grundstücken und Fördermitteln. Sie müssen bei Planungsverfahren und
172 Quartiersentwicklungen systematisch eingebunden werden.

173 Nachhaltig und klimagerecht bauen

174 In Berlin entsteht zu wenig bezahlbarer und nachhaltiger neuer Wohnraum - und wenn neu
175 gebaut wird, entsteht zu wenig von dem, was tatsächlich benötigt wird. Neben hohen Baukosten
176 liegt das an vorrangig auf Renditeoptimierung sowie an kurzfristige Wertsteigerungen

177 ausgerichteten Wohnungs- und Immobilienmarktmechanismen und Finanzierungsbedingungen, die
178 vor allem auch die Spekulation mit Grund und Boden anheizen. Auch teilweise unangemessen
179 hohe Baustandards, insbesondere für das Bauen im Bestand, tragen zur Erhöhung von Bauaufwand
180 und Kosten bei. Klimagerechtes und kreislauffähiges Bauen wird zwar seit langem diskutiert,
181 kommt aber kaum in die Umsetzung. Stattdessen dominieren herkömmliche Bauweisen, mit viel
182 Beton und viel Abfall am Ende des Lebenszyklus. Die Grundstücksvergabe muss sich sehr viel
183 häufiger am gesellschaftlichen Nutzen orientieren, und öffentliche Grundstücke müssen
184 gezielt für Klimaschutz, soziale Infrastruktur und günstigen Wohnraum eingesetzt werden.

185 Berlin braucht eine ganzheitliche, nachhaltige und demokratische Stadtentwicklung –
186 Planungsprozesse müssen transparent sein und systematisch miteinander verzahnt werden. Das
187 werden wir Bündnisgrüne durch integrierte und zwischen allen Beteiligten von Anfang an
188 abgestimmte und gebündelte Planungsprozesse und -abläufe ändern. Wie wichtig das ist, zeigt
189 sich besonders bei der Entwicklung der neuen Stadtquartiere, in denen aktuell weder Kitas,
190 Schulen, Kulturorte und andere soziale Infrastruktur sowie ÖPNV noch die Anpassung an den
191 Klimawandel in Form von Schutz vor Hitze und Starkregen ausreichend mitgedacht und
192 finanziell berücksichtigt werden. All diese Probleme ist der schwarz-rote Senat nicht
193 angegangen. Stattdessen hat sein „Schneller-Bauen-Gesetz“ vor allem Doppelstrukturen
194 geschaffen, die das Bauen nicht beschleunigen.

195 Wohnsicherheit durch mehr genossenschaftliches Eigentum stärken

196 Wir verstehen den Wunsch, sicher in den eigenen vier Wänden zu leben. Eigentumsförderung,
197 die vielen zugutekommt, ist angesichts der Immobilienpreise aber nicht auf breiter Ebene
198 umsetzbar. Gerade mal 41 Familien will Schwarz-Rot jetzt mit 17 Millionen Euro zum eigenen
199 Heim verhelfen. Das ist ungerecht und Verschwendung von öffentlichen Mitteln! Deshalb wollen
200 wir stattdessen Genossenschaften stärker fördern und Menschen mit niedrigeren und mittleren
201 Einkommen beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen unterstützen. Denn wer in einer
202 Genossenschaft lebt, kann in den eigenen vier Wänden dauerhaft sicher leben und auf die
203 Unterstützung durch eine starke Gemeinschaft zählen. Dabei geht es für uns ausdrücklich auch
204 um Sicherheit im Alter: Viele Menschen können sich eine Eigentumswohnung als Altersvorsorge
205 nicht leisten. Wir Bündnisgrüne wollen, dass Menschen genossenschaftlichen Wohnen als
206 gleichwertige Altersvorsorge nutzen können und dauerhaft vor steigenden Wohnkosten im Alter
207 geschützt sind. Außerdem wollen wir die Grunderwerbssteuer nicht nur auf das Niveau von
208 Brandenburg anheben, sondern klar sozial staffeln: Menschen, die in den eigenen vier Wänden
209 leben wollen, zahlen weniger. Große Unternehmen sollen dafür mehr bezahlen, insbesondere
210 auch beim Kauf von Immobilienpaketen im Rahmen von Share Deals. Im Bund setzen wir uns
211 außerdem dafür ein, dass es im Rahmen der neuen Wohngemeinnützigkeit weitere Vergünstigungen
212 für gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen gibt.

213 Ein Genossenschaftspakt für Berlin

214 Mit einem „Genossenschaftspakt Berlin“ werden wir Grüne mit Genossenschaften und
215 gemeinwohlorientierten Träger*innen einen Maßnahmenplan für Bürokratieabbau,
216 Projektfinanzierung und Grundstückszugang entwickeln. Bestehende genossenschaftliche
217 Initiativen, die vor der Realisierung stehen, wollen wir finanziell absichern, ein
218 Förderprogramm mit ausreichender Planungssicherheit auflegen und städtische Flächen per
219 Erbbaurecht, basierend auf Modellen niedriger dauerhafter Festzinsen, für Genossenschaften
220 zur Verfügung stellen. Alternativ sind auch vertragliche Rückkaufrechte durch Berlin
221 denkbar. Zur Förderung der Genossenschaftsbewegung gründen wir eine beratende
222 Koordinierungsstelle, fordern die Aufnahme eines „Gemeinwohlprinzips“ in die Vergabeordnung,

223 prüfen Bürgschaften für junge, neue Genossenschaften und nehmen auch Modelle wie das
224 Mietshäuser Syndikat in Förderprogramme auf.

225 Miet- und Bodenrecht endlich wirksam und gerecht reformieren

226 Auf Bundesebene setzen wir Bündnisgrüne uns für eine Reform des Mietrechts und des
227 Baugesetzbuchs ein, mit der sichergestellt wird, dass der Gebrauch von (Wohnungs-)Eigentum
228 zugleich dem Allgemeinwohl dient, wie es das Grundgesetz vorsieht. Dazu gehören für uns vor
229 allem die Ermöglichung eines Mietendeckels entweder durch eine Länderöffnungsklausel oder
230 als Bundesregelung, eine dauerhafte, starke und effektive Mietpreisbremse mit Sanktion bei
231 Verstößen und die wirksame Reform zur Bekämpfung von Mietwucher und Mietübersteuerung.
232 Eigenbedarfskündigungen wollen wir deutlich erschweren und vulnerable Gruppen dabei
233 besonders schützen. Indexmieten wollen wir für die Zukunft verbieten, bei derzeitigen
234 Verträgen eine Kappungsgrenze einbauen und möbliertes Wohnen auf Zeit stark eindämmen. Wir
235 schützen die Mieter*innen durch einen verbesserten Kündigungsschutz, eine Stärkung und
236 Erweiterung von Vorkaufsrechten, die Entfristung des stadtweiten Verbots der Umwandlung in
237 Eigentumswohnungen und eine Absenkung der Kappungsgrenze. Auch den Mietspiegel wollen wir
238 reformieren und die Mieten der letzten 20 statt 6 Jahre mit einberechnen. Besonders wichtig
239 ist uns auch eine Reform der Bodenpreisberechnung. Teure und überbeuerte Immobiliengeschäfte
240 dürfen nicht länger die Bodenrichtwerte weiter nach oben treiben und so bezahlbaren Neubau
241 erschweren. Wir setzen uns im Bund dafür ein, die bislang stark von
242 Immobilienmarktinteressen bestimmte Bodenrichtwert- und Verkehrswertermittlung zu
243 reformieren, um die Bodenrichtwerte zu senken und ihre Steigerung zu begrenzen. Bei der
244 notwendigen Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf Bundesebene
245 setzen wir uns dafür ein, den Diskriminierungsschutz auf dem Wohnungsmarkt zu stärken und
246 die bestehenden Ausnahmeregelungen zu streichen.

247 Gewerbemieten regulieren, Gewerbemieter*innen schützen

248 Nicht nur Wohn-, auch Gewerbemieten werden immer teurer, wodurch kleine inhabergeführte
249 Geschäfte, lokale Dienstleistungen sowie soziale und kulturelle Einrichtungen verdrängt
250 werden. Es fehlt nach wie vor an einer wirksamen Mietregulierung für Gewerbe, der
251 Kündigungsschutz ist minimal, und bei Nachverhandlungen regiert das Recht des Stärkeren. Wir
252 Grüne werden daher die Initiativen aus der letzten Legislatur aufgreifen und uns auf
253 Bundesebene sowohl für eine Mietpreisbremse für Gewerberäume als auch für eine Reform des
254 Gewerbemietrechts einsetzen, damit Mieter*innen Gewerberäume langfristig zu gleichbleibenden
255 Konditionen nutzen können und einen echten Kündigungsschutz erhalten. Den Milieuschutz
256 wollen wir auch für Gewerbe einführen.

257 Geldwäsche unterbinden, Steuerschlupflöcher schließen

258 Steuerschlupflöcher wie beim Verkauf von Unternehmensanteilen im Rahmen von Share Deals oder
259 bei der Erbschaftssteuer, also der steuerfreien Vererbung von mehr als 300 Wohnungen, wollen
260 wir auf Bundesebene schließen.

261 Landeseigenen Wohnungsbestand konsequent sozial ausrichten

262 Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen sind mit inzwischen fast 400.000 Wohnungen eine der
263 wichtigsten Säulen für die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, für die energetische
264 Modernisierung und den bezahlbaren Neubau. Damit dies auch so bleibt, setzen wir

265 Bündnisgrüne uns für verbindliche Gemeinwohlziele und eine effektive parlamentarische
266 Kontrolle der Unternehmensführung ein. Wir werden uns für einen übergreifenden, stadtweiten
267 Steuerungsrahmen mit Zielvorgaben, Leistungskennzahlen und langfristiger Investitionsplanung
268 für Bestandserhalt und Neubau, die Einführung eines regelmäßigen öffentlichen
269 „Transparenzberichts Wohnen“ mit einheitlichen Kennzahlen und starken, qualifizierten
270 Aufsichtsgremien einsetzen und wollen den Mieter*innen mehr Mitentscheidungsrechte, z. B.
271 bei anstehenden Modernisierungen, geben. Den Wohnungswechsel bei verändertem Wohnbedarf
272 wollen wir für Mieter*innen durch geeignete Angebote und faire Konditionen bei Umzug in eine
273 kleinere, senioren gerechte Wohnung fördern und zwischen den Landeseigenen
274 Wohnungsunternehmen ermöglichen und weiterentwickeln. Wir werden bei der Wohnungsvergabe
275 vulnerable und einkommensarme Gruppen besser berücksichtigen, indem wir unter anderem die
276 Quote für Haushalte mit Wohnberechtigungsschein (WBS-Quote) erhöhen und erwarten, dass bei
277 Neubauten und grundlegenden Sanierungen mehr für Rollstuhlnutzer*innen geeignete Wohnungen
278 errichtet werden als vorgeschrieben. Außerdem wollen wir für die Landeseigenen
279 Wohnungsunternehmen einen Mietendim实施er einführen sowie, Härtefallregelungen für
280 einkommensschwache Haushalte verbessern. Wir setzen uns für ein Räumungsmoratorium und die
281 Schaffung eines Präventionskonzepts zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit ein. Die
282 entsprechende Anwendung des Landesantidiskriminierungsgesetzes stellen wir sicher und setzen
283 uns dafür ein, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen das Leitbild „Berlin vermietet
284 fair!“ für diskriminierungsarmes Vermieten umsetzen, das von der Fachstelle gegen
285 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt gemeinsam mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft und
286 der Wohnungswirtschaft erarbeitet wurde.
287 Noch immer rächt es sich bitter, dass frühere Regierungen über 200.000 kommunale Wohnungen
288 verkauft haben. Damit sich dieser historische Fehler nicht wiederholt, wollen wir eine
289 sogenannte Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung einbauen, denn die Wohnungen
290 gehören uns Berliner*innen.

291 Sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen fördern

292 Der kommunale Wohnungsbestand ist nicht nur eine entscheidende Grundlage für die
293 Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, sondern auch eine wichtige Ressource für den
294 Klimaschutz. Auch die Landeseigenen Wohnungsunternehmen müssen ihre Bestände pflegen und
295 modernisieren, Klimaanpassung und Neubau finanzieren. Durch einen Förderfonds für sozial-
296 ökologische Modernisierungen und die Beschränkung von Modernisierungsmieterhöhungen wollen
297 wir Brutto-Mietsteigerungen durch Investitionen in den Klimaschutz deckeln .

298 Damit Mieter*innen durch steigende Heizkosten nicht finanziell überfordert werden, wollen
299 wir Grüne zielgerichtete Härtefalllösungen ausbauen und bei Bedarf zusätzliche Förderungen
300 durch das Land bereitstellen. Im Gegenzug erwarten wir, dass unsere Unternehmen
301 Verantwortung in den Quartieren übernehmen: durch Projekte zum Aufbau von Nahwärmenetzen
302 genauso wie durch die Förderung und Pflege sozialer und kultureller Infrastruktur in den
303 Kiezen. Mit einem Sofortprogramm für soziale Gewerbemieten stellen wir leer stehende
304 Erdgeschossflächen sozialen Trägern, Kulturschaffenden, Jugendeinrichtungen und
305 Nachbarschaftsinitiativen zu gedeckelten Mieten zur Verfügung und entwickeln ein soziales
306 Gewerbemietmodell, das Vergabekriterien gemeinwohlorientiert gestaltet.

307 Knapp ein Viertel der Berliner*innen wohnt in Großwohnsiedlungen. Wie überall in Berlin sind
308 auch hier starke Nachbarschaften die beste Voraussetzung für solidarisches Zusammenleben und
309 gegenseitige Unterstützung. Mit mehr Teilungsangeboten wollen wir Engagement für
310 öffentliche Räume in der Nachbarschaft stärken und Gemeinschaftsorte schaffen. Dafür wollen
311 wir Instrumente wie bezirklichen Beteiligungsbüros, Sozialraumplanung, Stadtteilkoordination
312 und Quartiersmanagement bis hin zu Mobiler Stadtteilarbeit stärken und ausbauen. In Gebieten

313 mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf werden wir weiterhin gezielt und bedarfsgerecht in die
314 soziale und kulturelle Infrastruktur, die Pflege öffentlicher Räume und die Quartiersarbeit
315 investieren.

316 Wohnen, Arbeiten und Leben finden zunehmend in der Metropolregion statt, deshalb wollen wir
317 die Wohnungsfrage gemeinsam mit Brandenburg diskutieren. Die Landeseigenen
318 Wohnungsunternehmen bauen bereits teilweise in Brandenburg. Statt Zersiedelung wollen wir
319 insbesondere entlang von S- und Regionalbahnlinien bezahlbaren Neubau für die
320 Metropolregion. Um hier voranzukommen, wollen wir den Dialog auf Regierungsebene
321 intensivieren.

322 Wohnungsbau auch bei der Nachverdichtung sozial und ökologisch
323 ausrichten

324 Der Wohnungsbau muss sich an den sozialen Bedarfen orientieren und zugleich ökologisch und
325 klimafreundlich werden. Wir Grüne starten eine Potenzialanalyse für sozialverträgliches,
326 ökologisches und bedarfsorientiertes Bauen im Bestand in allen Bezirken. Maßvolle
327 Nachverdichtung im Bestand soll dort, wo sie bestehende Wohnqualitäten berücksichtigt, dazu
328 beitragen, Neuversiegelung und weiteren Zubau von Infrastruktur zu begrenzen. Grundlage
329 dafür ist das verbindliche Leitbild „Gutes Quartier“ mit sozialen, ökologischen,
330 verkehrlichen und baukulturellen Standards. Die Schaffung von neuem und bezahlbarem Wohnraum
331 muss im Einklang mit einer ganzheitlichen Stadtentwicklung stehen, daher müssen
332 Innenentwicklungskonzepte und der Ausbau der sozialen Infrastruktur einer Nachverdichtung
333 immer vorangehen. Unser Ziel ist es, grüne Innenhöfe und unversiegelte Flächen zu erhalten –
334 wie z.B. den Emmauswald. Stattdessen sollen Baulücken, Brachen und überbreite Straßen
335 genutzt werden. Um möglichst wenig Fläche neu zu versiegeln, setzen wir auf mehrgeschossige
336 Wohnbebauung anstelle von Flachbauten z.B. von Supermärkten oder Parkplatzflächen.

337
338 Wir wollen, dass bei einer moderaten Überschreitung der Traufhöhe nicht sofort die
339 Anforderungen für Hochhaus-Bauten erfüllt werden müssen. Hochhäuser können sinnvoll sein,
340 wenn damit von landeseigenen oder gemeinnützigen Wohnungsunternehmen dauerhaft
341 preisgünstiger und sozialer Wohnraum geschaffen wird. Außerdem müssen sie stadtplanerisch in
342 die Umgebung passen, ökologischen und Klimaschutz-Ansprüchen gerecht werden und dem
343 Gemeinwohl dienen. Immer neue Bürotürme oder Wolkenkratzer gegen den Willen der Bezirke und
344 Nachbarschaften – wie am Gleisdreieckpark oder der Warschauer Straße – lehnen wir ab. Um
345 umstrittenes Planungsrecht durchzusetzen, hat der schwarz-rote Senat in den letzten Jahren
346 immer wieder den Bezirken die Zuständigkeit entzogen - was wir entschieden ablehnen.

347
348 In Berlin sind 85% der Wohnungen vermietet. Die anderen 15% sind selbstgenutztes Eigentum,
349 ca. 150.000 Wohnungen sind in Eigenheimen, Doppelhäusern und Reihenhäusern zu finden. Wir
350 wollen diese Siedlungsgebiete verkehrlich besser anbinden und die Infrastruktur stärken.
351 Gerade hier werben und unterstützen wir aktiv dabei, Vorreiter beim Klimaschutz und der
352 Solarnutzung zu werden. In geeigneten Stadtlagen werben wir zudem für Nachverdichtung und
353 Wohnungsneubau.

354 Leerstand aktiv in Wohnraum umwandeln

355 In Berlin stehen über 2,2 Millionen Quadratmeter an Büroflächen leer. Deshalb wollen wir
356 Bündnisgrüne den Umbau in Wohnraum mit einem neuen Förderprogramm unterstützen. Wo es
357 möglich ist, wollen wir leer stehende Büros zu bezahlbaren Wohnungen umbauen und zügig erste
358 Pilotprojekte entwickeln. Berlin braucht nicht mehr Büroräume und neue Bürogebäude, sondern

359 muss vor allem die vorhandenen Büroflächen besser nutzen. Bevor neue Bürogebäude gebaut
360 werden, sollten die vorhandenen instand gesetzt und entweder als Wohnungen oder eben als
361 modernisierte Büroflächen genutzt werden. Wir wollen nicht, dass neue Bürogebäude weiter
362 Flächen versiegeln. Deshalb werden wir ein Bürobau-Moratorium verhängen und kein weiteres
363 Baurecht für neue Bürogebäude erteilen. Wir wollen stattdessen für die Schaffung von Wohnraum
364 sorgen. Auch zahlreiche Shopping-Center haben mit Leerstand zu kämpfen. Deshalb wollen wir
365 deren Nutzung für soziale und kulturelle Angebote sowie öffentliche Daseinsvorsorge
366 unterstützen.

367 Wir werden auch gegen Immobilienspekulant*innen vorgehen, die auf ihrem Baugrund keinen
368 Wohnraum schaffen. Dafür werden wir die Grundsteuer C sowie strenge Baugebote einführen,
369 damit diese ihrer Pflicht zur Bebauung nachkommen.

370 Wohnraum effizienter nutzen

371 Im Laufe des Lebens verändern sich Wohnungsbedarfe. Dies betrifft vor allem ältere Menschen
372 - Ihnen soll im Rahmen einer sozial-ökologischen Wohnberatung Unterstützung angeboten werden
373 bei Maßnahmen zur Barrierereduzierung z.B. per Mietermodernisierung, bei Um- oder Ausbau für
374 eine Wohnungsteilung oder bei der Suche passender Seniorenwohnangebote mit verschiedenen
375 Betreuungsoptionen oder gemeinschaftlichen Wohnformen. Erwünschte Wohnungswechsel im
376 vertrauten Umfeld sollen unterstützt und begleitet werden. Diese Bedarfe sollen auch bei der
377 Planung künftiger Neubauquartiere einbezogen werden. Neue Wohnbauvorhaben sollen möglichst
378 viele schaltbare Wohnungen vorsehen, bei denen große Wohnungen in zwei kleinere teilbar sind
379 und zwei kleinere zu einer familiengerechten Wohnung zusammengelegt werden können.

380 2.2. Moderne Stadtentwicklung – Boden dauerhaft für das 381 Gemeinwohl sichern

382 Öffentlicher Grund und Boden wird nicht mehr privatisiert, sondern bleibt als „Allmende“
383 dauerhaft in öffentlicher Hand oder gemeinwohlorientierter Trägerschaft. Mit einer
384 vorausschauenden, sozial-ökologisch ausgerichteten Bodenbevorratung sichern wir Bündnisgrüne
385 strategisch wichtige Flächen und damit die gemeinwohlorientierte Entwicklung der Stadt.
386 Dafür richten wir einen Ankaufsfonds ein, auf den auch die Bezirke und gemeinwohlorientierte
387 Akteur*innen in Abstimmung mit dem Land zugreifen können. Für ehemalige landeseigene
388 Grundstücke, die spekulativ gehortet oder zweckentfremdet werden, schaffen wir ein
389 Rückkaufsrecht. Die landeseigene Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) werden wir stärker
390 an einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Entwicklung statt an einer Maximierung der
391 Einnahmen ausrichten. Landeseigene Grundstücke werden nicht mehr privatisiert. Das wollen
392 wir in einem Bodensicherungsgesetz festschreiben.

393 Die Liegenschaftspolitik werden wir mit Hilfe einer Boden- und Liegenschaftsagentur
394 transparent und planvoll steuern: Jede Vergabe wird in einer zentralen Datenbank
395 nachvollziehbar, beteiligungsorientiert und gemeinwohlverpflichtet erfasst. Unter dem Motto
396 „Boden für Gemeinwohl“ werden wir uns dafür einsetzen, dass ein festgelegter Anteil
397 landeseigener Grundstücke vorrangig an Genossenschaften und gemeinwohlorientierte
398 Träger*innen per Erbbaurecht zu vergünstigten, langfristig kalkulierbaren Konditionen mit
399 niedrigen Festzinsen vergeben wird. Für jede Vergabe öffentlicher Grundstücke werden wir die
400 Konzeptvergabe gesetzlich verpflichtend machen. Dabei gilt in Zukunft: Das beste Konzept
401 entscheidet, nicht der höchste Preis. Darüber hinaus werden wir ein niedrigschwelliges,
402 transparentes Konzeptvergabeverfahren mit 30 Prozent Mindestanteil für gemeinwohlorientierte

403 Träger*innen einführen, bei dem der Erbbaurechtszins umso geringer ist, je sozial-
404 ökologischer die geplante Nutzung wird.

405 Die Stadt gemeinsam, sozial und klimaresilient entwickeln

406 Statt eine Stadtentwicklungspolitik zu verfolgen, die von oben herab entscheidet, setzen wir
407 Grüne uns für eine kooperative Stadtentwicklung ein, bei der die Menschen und nicht die
408 Investor*innen im Mittelpunkt stehen.

409 Klimaschutz und -anpassung sowie die sozial gerechte Stadt mit bezahlbaren Mieten werden wir
410 zum Leitprinzip der Stadtentwicklung machen. Die Stadt muss schnell resilienter und
411 krisenfester werden, vor allem durch die Anpassung an Hitze und Starkregen und den Ausbau
412 der grünen und blauen Infrastruktur. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf mehrfach
413 belastete Quartiere.

414 Stadtentwicklung ist mehr als einzelne Häuser oder Grundstücke. Wir wollen die
415 Stadtquartiere der Zukunft schaffen, aus denen Berlin und seine Bezirke wachsen können. Dazu
416 stärken wir die Bezirke, um integrierte Entwicklungskonzepte für Umbau, Erhalt von Gebäuden,
417 Infrastruktur, Klimaschutz, Grünflächen und Straßen zu erstellen.

418 Die bestehenden Stadtentwicklungspläne und Landesprogramme werden wir regelmäßig
419 fortschreiben. Bestehende und zukünftige EU-Förderprogramme wollen wir für antragsstellende
420 Organisationen und Verwaltungen zugänglicher machen. Wir Bündnisgrüne wollen die Stadt und
421 ihre Kieze weiter zusammen mit den Berliner*innen gestalten und den Austausch von Ideen für
422 eine gemeinwohlorientierte, lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch
423 Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige
424 Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, die
425 partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und Stadtdebatten für besondere Orte. Bei der
426 Planung von Ausgleichsflächen sorgen wir dafür, dass die Mittel in Berlin und in der Nähe
427 von Bauvorhaben bleiben. Wir werden aufbauend auf dem Liegenschaftskataster ein landesweites
428 Flächenregister schaffen, das Informationen zu Eigentum, Nutzung, Leerstand, baulichem
429 Zustand und Potenzialflächen enthält. Das Berliner Modell der kooperativen
430 Baulandentwicklung entwickeln wir weiter und erhöhen die Quote für mietpreisgebundenen
431 Wohnraum (WBS-Wohnungen) auf 50 Prozent. Außerdem wollen wir im Rahmen der kooperativen
432 Baulandentwicklung einen Anteil von bezahlbaren Gewerberäumen erreichen. Denn auch hier
433 besteht ein dauerhafter Mangel. Die Privatisierung von kommunalen Gewerbehöfen (der GSG)
434 unter Rot-Rot erfordert dringend den erneuten Aufbau von kommunalen Gewerbehöfen, den wir
435 unter Rot-Grün-Rot bereits begonnen haben. Auch für Kultur- und Kreativräume wollen wir eine
436 verbindliche Quote in neuen Quartieren – so stärken wir soziale Teilhabe und kulturelle
437 Bildung. Wir prüfen, ob im Rahmen der kooperativen Baulandentwicklung auch Oberschulplätze
438 geschaffen bzw. finanziert werden können, die wir in den nächsten Jahren dringend brauchen
439 werden.

440 Stadtplanung begreifen wir als gemeinschaftliche Aufgabe von Politik, Verwaltung und
441 Stadtgesellschaft und öffnen die Verwaltungsstrukturen für regelmäßige Stadtdebatten, eine
442 öffentliche Wettbewerbskultur und transparente Partizipation. Bürger*innen sollen aktiv
443 mitwirken können – mit echter Mitsprache und transparenten Beteiligungsverfahren auf klar
444 definierter Grundlage. Dafür braucht es eine verständliche und zeitgemäße Darstellung und
445 Koordination von Stadtentwicklungsprozessen und niedrigschwellige Beteiligungsmöglichkeiten.
446 Dies umfasst sowohl eine berlinweite übersichtliche und allgemeinverständliche Zusammenschau
447 und Kommunikation der Planungen als Ausstellung und in digitaler Form, als auch
448 beispielsweise Bezirksausstellungen und Veranstaltungen zur Quartiersentwicklung. Mit uns
449 wird die ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Beteiligung aller betroffenen Fachämter

450 bei jeder Quartiersentwicklung von Anfang an verpflichtend. An den Orten, wo bislang keine
451 B-Pläne existieren, werden wir deren Entwicklung gemeinsam mit den Bezirken und den
452 Anwohner*innen vorantreiben. Dadurch lässt sich sowohl Beteiligung als auch die Planung von
453 sozialer Infrastruktur bei der Gebietsentwicklung sicherstellen.

454 Grün und lebenswert bauen

455 Eine mögliche Internationale Bauausstellung 2034/37 in Berlin muss eine Bauwende- und Umbau-
456 IBA sein: Eine IBA, die an die IBA der 1980er-Jahre anknüpft und eine behutsame
457 Stadtentwicklung, Umbau im Bestand und Klimaschutz ins Zentrum setzt, kann eine Bereicherung
458 sein. Dabei ist auch an soziale Ideen des Städtebaus der 1920er Jahre anzuknüpfen, indem
459 neue visionäre, soziale und ökologische Formen des (Um-)Bauens und Wohnens für die Berliner
460 Bevölkerung des 21. Jahrhunderts entwickelt und beispielgebend umgesetzt werden.

461 Mit einer modernen und zeitgemäßen Bauordnung fördern wir das serielle und klimagerechte
462 Bauen, vereinfachen das Umbauen im Bestand und senken damit zugleich die Baukosten.
463 Initiativen und Lösungen für kostengünstigen Neubau im Sinne des Hamburg-Standards
464 unterstützen wir. Durch Typengenehmigungen und eine digitalisierte Genehmigungsplattform für
465 Bauanträge beschleunigen wir zugleich die Genehmigungsverfahren. Das Bauen mit Holz in
466 Berlin ist ein Erfolg unserer Regierungsbeteiligung. Für den Neubau und die Sanierung sollen
467 nachwachsende und ökologische Baustoffe wie Holz, Stroh, Lehm und Hanf sowie neu entwickelte
468 CO₂-arme Baustoffe zum Einsatz kommen. Nicht nur bei der Vermietung, auch beim Neubau sollen
469 die Landeseigenen Wohnungsunternehmen Vorbilder sein: Sie bauen ökologisch und dem Bedarf
470 entsprechend und senken die Kosten durch den Aufbau gemeinsamer Baukapazitäten. Das
471 Schumacherquartier wollen wir als großes Holzbauquartier mit flexiblen Grundrissen sowie
472 vielen kleinen, barrierefreien Wohnungen errichten, um spätere Umzüge zu ermöglichen und den
473 Wohnraum bestmöglich zu nutzen.

474 Denkmalschutz und Klimaschutz zusammen denken

475 Denkmalschutz und Klimaschutz sind keine Gegensätze. Die Weiterentwicklung Berlins zu einer
476 lebenswerten grünen Metropole mit hoher Aufenthaltsqualität wollen wir unter Beachtung des
477 Denkmalschutzes verfolgen. Wir wollen das Berlin von morgen unter Berücksichtigung seines
478 Bestandes und seiner Qualitäten weiter bauen, ohne dabei das Berlin von gestern zu
479 rekonstruieren. Wir konservieren keine "Stadt der Steine" und wollen, dass Berlin grün statt
480 grau wird. Dazu gehört auch, dass Klimaschutz und Barrierefreiheit trotz Denkmalschutz
481 möglich sein müssen. Den Denkmalschutz wollen wir um eine Baukultur im Sinne der
482 Bundesstiftung Baukultur erweitern und die Kriterien für den Schutz „erhaltenswerter
483 Bausubstanz“ vereinheitlichen. Zur Unterstützung dieser Ziele wollen wir einen „Runden Tisch
484 Baukultur“ mit den Senatsverwaltungen sowie der Fach- und Zivilgesellschaft etablieren.

485 Stadtquartiere nachhaltig, bezahlbar und nah gestalten

486 Neue Stadtquartiere entwickeln wir klimaverträglich und mit Nutzungsmischung, autofreien
487 Mobilitätsangeboten und stadtverträglicher Dichte – unter Einbindung der Bezirke, der
488 Zivilgesellschaft und gemeinwohlorientierter Bauträger*innen. Wir Grüne stellen sicher, dass
489 Kitas, Schulen und ÖPNV, aber auch Grünflächen, Kultur, Sport, Jugendorte, Treffpunkte für
490 Jung und Alt, Nahversorgung und soziale Infrastruktur von Anfang an mitgeplant und umgesetzt
491 werden. Nach dem Prinzip der 15-Minuten-Stadt sollen alle wichtigen Alltagsfunktionen
492 fußläufig erreichbar sein. Der öffentliche Nahverkehr muss nutzbar sein, wenn die ersten
493 Menschen einziehen. Die bestehende Bausubstanz integrieren wir so weit wie möglich in die

494 Planungen und reißen sie nicht einfach ab. Durch klare ökologische Leitlinien und
495 verbindliche Standards wollen wir bereits bis 2030 das Ziel der Netto-Null-Versiegelung
496 erreichen. Dazu soll vorrangig überall dort gebaut werden, wo Flächen schon versiegelt sind.
497 Die EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur unterstützt unser Ziel der Netto-Null-
498 Versiegelung ab 2030.

499 Neue Quartiere müssen von Beginn an gemeinwohlorientiert, ressourcenschonend und
500 klimaneutral geplant werden. Wärme und Energie sollen fossilfrei sein und nachhaltig genutzt
501 werden. Wir wollen Berlin zur Schwammstadt machen und Wasser nachhaltig nutzen. Straßen und
502 öffentliche Räume gestalten wir grün, mit schattenspendenden Bäumen und kühlenden Elementen.
503 Wir schaffen Plätze und Grünflächen als Mittelpunkt jedes Quartiers. So fördern wir
504 Begegnung und Miteinander. Grünflächen wollen wir vielfältig gestalten, auch mit innovativen
505 Sport- und Bewegungsangeboten. Sport gehört für uns zur Quartiersplanung ebenso dazu: Von
506 Anfang an planen wir hierfür ausreichend Flächen mit ein. Wichtig ist uns, Kinder und
507 Jugendliche sowie marginalisierte Gruppen an diesem Prozess zu beteiligen und vor allem ihre
508 Bedürfnisse zu berücksichtigen. Sie bekommen sichere, barrierefreie Spielplätze und eigene
509 Treffpunkte und Freiräume.

510 Wir Bündnisgrüne schauen nicht nur auf das neue Quartier, sondern auch auf die
511 Nachbarschaft. Wo es zu wenig soziale oder öffentliche Infrastruktur gibt, bauen wir diese
512 in den neuen Quartieren für die umliegenden Kieze mit. Im Erdgeschoss wollen wir Geschäfte
513 und Nahversorgung oder auch rollstuhlgerechten Wohnraum oder Wohnungen für Ältere statt
514 Technikräumen. Wir unterstützen die Gestaltung von gemeinsamen Flächen, die Gemeinschaft
515 fördern und die vielfältige Nachbarschaft zusammenbringen. Sitzgelegenheiten vor der Tür,
516 eine Picknickbank im Hof oder ein gemeinschaftlich genutztes Hochbeet auf der Wiese hinter
517 dem Haus sind Orte, die die soziale Funktion von gemeinschaftlich genutzter Fläche stärken,
518 Einsamkeit vermindern, Zusammenhalt fördern und Sicherheit geben. Bei der Planung
519 berücksichtigen wir auch Animal-Aided Design, damit Tiere in der Stadt weiterhin Platz
520 haben. Bestehende Gebäude wollen wir erhalten und bedarfsgerecht umbauen – und nicht
521 abreißen. Für uns ist klar: Wir brauchen eine Bauwende. Wir müssen die vorhandenen
522 Ressourcen effizienter nutzen, Leerstand vermeiden und Abriss so weit wie möglich
523 verhindern.

524 Neue Quartiere bauen wir zusammen mit gemeinwohlorientierten Partner*innen und
525 Genossenschaften. Auch private Eigentümer*innen müssen dafür sorgen, dass die Mehrheit der
526 Wohnungen für Mieter*innen mit geringem und mittlerem Einkommen bezahlbar ist.

527 Wir haben dabei auch die Entwicklung der Metropolregion Berlin-Brandenburg und den
528 gemeinsamen Wohnungsmarkt im Blick: auf der Ebene der Hauptstadtregion und kleinräumig in
529 den Kooperationsräumen des Kommunalen Nachbarschaftsforums. Das bedeutet die Nutzung des
530 Siedlungssterns, ein Engagement von Berliner Wohnungsunternehmen in kleineren Kommunen bei
531 Neubau und Sanierung von Wohnungsbeständen sowie die Unterstützung von Kommunen mit
532 Wohnungsl Leerstand. Dazu brauchen wir den konsequenten Ausbau des Umweltverbunds und der
533 erforderlichen Infrastrukturen entlang der aus Berlin ins Berliner Umland reichenden
534 Siedlungsachsen.

535 Lebendige, grüne und soziale Kieze für alle Menschen schaffen

536 Beim Wohnungsneubau ist wichtig, dass das Richtige gebaut wird. Für uns ist das bezahlbarer
537 Wohnraum statt teurer Luxusapartments. Der „Stadtentwicklungsplan Wohnen 2040“ hat das
538 richtige Ziel, dass die Hälfte aller neu gebauten Wohnungen gemeinwohlorientiert sein
539 sollen. Um das Ziel zu erreichen, wollen wir eine Roadmap für die Umsetzung aufstellen. Das
540 Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung leistet hierzu einen wichtigen Beitrag

541 und wir wollen es stärken: Wenn neues Baurecht geschaffen wird, soll zukünftig mindestens
542 die Hälfte der Wohnungen als mietpreisgebundener Wohnraum für Haushalte mit geringem und
543 mittlerem Einkommen zur Verfügung stehen. Wir wollen besonders Wohnungen für niedrige und
544 mittlere Einkommen fördern und mehr barrierefreie sowie für Rollstuhlnutzer*innen geeignete
545 und seniorengerechte Wohnungen schaffen.

546 Öffentliche Räume wollen wir zu sozialen und inklusiven Orten der Begegnung machen. Mit
547 Beteiligung in den Stadtteilen stärken wir Grüne den Austausch unter Anwohner*innen und die
548 Demokratie vor Ort. Alle Berliner*innen sollen ihr Umfeld aktiv mitgestalten können –
549 Sprachbarrieren dürfen dabei kein Hindernis sein. Die Beteiligungsbüros in den Bezirken
550 sowie die bezirkliche Sozialraumplanung, die Stadtteilkoordination Plus und die Mobile
551 Stadtteilarbeit wollen wir deshalb stärken und ausbauen.

552 Wir wollen lebendige Bezirke mit gemischten Vierteln, klimaneutraler Mobilität, mehr Grün
553 und Wasserflächen. Dafür stocken wir Fördermittel auf und stärken Maßnahmen zur
554 Innenentwicklung, statt Grün- und Freiflächen zu versiegeln. Gerade in dicht bebauten Kiezen
555 und Vierteln mit wenig Grün investieren wir in bessere Wohnumfelder – mehr Pflanzen,
556 entsiegelte Böden und Kühlung an heißen Tagen. In der Innenstadt nutzen wir hierfür das
557 Instrument des Biotopflächenfaktors. Wir setzen uns für eine gesetzliche Regelung ein, die
558 die Versorgung der Bevölkerung in allen Wohngebieten mit erreichbaren, miteinander
559 vernetzten und naturnah gestalteten Grünflächen sicherstellt. Damit soll einer grünen, der
560 Erholung, Lebensqualität und dem Schutz der Biodiversität dienlichen Infrastruktur ein Platz
561 auf Augenhöhe mit den anderen Planungsinstrumenten in der Stadtentwicklung eingeräumt
562 werden.

563 Auch Kultur gehört für uns zur Daseinsvorsorge und zur Stadtentwicklung dazu. Wir wollen,
564 dass in allen neuen Stadtquartieren und bei größeren Bauvorhaben Flächen für Kultur von
565 Anfang an mitgeplant und zu leistbaren Konditionen angeboten werden müssen. Wir unterstützen
566 Initiativen wie „Urbane Praxis“ als Teil der kulturellen Stadtentwicklung und fördern
567 entsprechende Projekte.

568
569 Das Anliegen des Volksbegehrens „Berlin werbefrei“, kommerzielle Werbung im öffentlichen
570 Raum stärker zu regulieren, unterstützen wir. Wir begrüßen die durch das Volksbegehren
571 angestoßene Debatte, wie durch gesetzliche Regeln negative Auswirkungen von Werbung im
572 öffentlichen Raum begegnet werden kann. Gerade weil Werbung auf jede*n von uns wirkt, ob alt
573 oder jung, braucht ihr Einsatz klare und verbindliche Regeln. Großflächige Werbung an
574 Gerüsten vor Fenstern von Wohnhäusern lehnen wir ab. Wir sagen klar Nein zu sexistischer und
575 diskriminierender Werbung.

576 Wir wollen Modellflächen, Zwischennutzungen und Pioniernutzungen ermöglichen und
577 unterstützen, insbesondere auch auf landeseigenen Liegenschaften. Die Modellfläche TXL und
578 die Zwischennutzung in der Alten Feuerwache THF wollen wir fortführen.

579 Neue Stadtquartiere zügig realisieren

580 Berlin hat kein Flächenproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Wir Grüne wollen endlich die
581 Projekte und neuen Stadtquartiere praktisch umsetzen, die seit Jahren bei der
582 Stadtentwicklungsverwaltung in Planung oder bereits fertig geplant sind, statt immer wieder
583 öffentliche Diskussionen über neue mögliche Flächen anzuzetteln, die dann wieder nur einen
584 jahrzehntelangen Vorlauf benötigen würden.

585 Dabei stellen wir die neuen Stadtquartiere auf den Prüfstand, die ökologisch wichtige
586 Flächen versiegeln und sprechen uns für Änderungen der Pläne aus. Ein Beispiel dafür ist die

587 vom Senat geplante massive Bebauung von Späthsfelde, die das Aus für rund 380 Kleingärten
588 bedeuten würde. Hier hat Berlin eine Chance, seiner Verantwortung für den Artenschutz
589 gerecht zu werden, indem es wichtige Lebensräume für gefährdete Arten sichert. Gleichzeitig
590 können in dem Gebiet notwendige Ausgleichsflächen geschaffen werden, um Wohnungsbau an
591 anderer Stelle zu ermöglichen.

592 Das Tempelhofer Feld erhalten

593 Das Tempelhofer Feld ist für uns unverzichtbar – der Volksentscheid ist bindend. Wir lehnen
594 jede Bebauung ab. Das Tempelhofer Feld ist ein einmaliger Ort der Naherholung, für Sport,
595 Kultur und Freizeit, für soziales Miteinander sowie für Umwelt, Natur und Stadtklima. Wir
596 wollen, dass das so bleibt. Das Flughafengebäude wollen wir zu einem Hafen für Kultur- und
597 Kreativwirtschaft weiterentwickeln – zum Beispiel als Ort für Arbeits- und Proberäume und -
598 Bühnen, Labs, Studios, Werkstätten und Festivals.

599 2.3. Nachhaltiger Tourismus – damit Berlin Berlin 600 bleibt

601 Jedes Jahr kommen Menschen aus aller Welt in unsere Stadt, um die Vielfalt Berlins zu
602 erleben, vor allem um Kunst und Kultur zu genießen, sich hier zu erholen und eine gute Zeit
603 zu haben. Ob Wirtschaft, Stadtentwicklung oder Arbeit: Tourismus ist für uns Bündnisgrüne
604 dabei ein Querschnittsthema. Gleichzeitig sorgt der Tourismus für Einnahmen und er ist ein
605 wichtiger Teil der Berliner Wirtschaft. Er schafft Arbeitsplätze, stärkt Gastronomie,
606 Hotellerie, Kultur und Kreativwirtschaft und trägt so zur internationalen Sichtbarkeit der
607 Stadt bei. Unser Ziel ist ein nachhaltiger, dezentraler sowie stadt- und kiezverträglicher
608 Tourismus, der ökologisch verantwortbar ist und zugleich wirtschaftliche Perspektiven für
609 private wie auch öffentliche Betriebe sichert. Deshalb schreiben wir Bündnisgrüne das
610 bisherige Tourismuskonzept fort und passen es an aktuelle Herausforderungen an. Ob
611 Kultureinrichtungen, lokales Gewerbe oder öffentliche Infrastruktur – mit einer nachhaltigen
612 Planung, die ganz Berlin in den Blick nimmt, schaffen wir eine Metropole, in die
613 Besucher*innen immer wieder gerne kommen und von der die Menschen dieser Stadt überall
614 profitieren – ohne dass einzelne Orte überlastet werden.

615 Tourismus stadtweit steuern

616 Längst überfällig ist eine berlinweite Steuerung von neuen Hotelstandorten. Einen Wildwuchs
617 darf es nicht mehr geben. Neue Hotels müssen sich an der Stadtverträglichkeit und der Zahl
618 bereits bestehender Betriebe orientieren. Deshalb wollen wir mit einem Hotelentwicklungsplan
619 definieren, in welchen Gebieten neue Hotels und Hostels noch möglich sind und wo nicht mehr.
620 Bereits geplante Standorte gehören auf den Prüfstand. Denn die Flächen können wir oft
621 sinnvoller nutzen – z. B. für neue Schulen oder bezahlbaren Wohnraum. Wir wollen den
622 innerstädtischen Reisebusverkehr endlich steuern und ein Konzept hierfür auf den Weg
623 bringen.

624 Wir stärken dezentrale Strukturen und Projekte vor Ort. Auch die Bezirke wollen wir Grüne
625 dabei unterstützen, die besonders von Overtourism betroffenen Nachbarschaften mit geeigneten
626 Maßnahmen zu entlasten. Gerade in den touristischen Hotspots braucht es auch mehr Gelder für
627 Sauberkeit im öffentlichen Raum. Außerdem wollen wir die Aufenthaltsqualität und
628 Infrastruktur dort stärken, wo bisher nur wenige Tourist*innen ankommen. Mit Pilotprojekten
629 in den Außenbezirken schaffen wir neue Besuchsrouten, binden lokale Kulturformate ein und

630 verbessern die touristische Information vor Ort. Um auch die Berliner*innen besser mit
631 einzubeziehen, wollen wir außerdem Beteiligungsformate wie den Bürger*innenbeirat Tourismus
632 stärken, indem wir diesen institutionalisieren und mit echten Mitspracherechten ausstatten.
633 So entsteht eine vielfältige, stadtweite Tourismuslandschaft – getragen von den Kiezen.

634 Nachhaltigkeit des Tourismus stärken

635 Wir Bündnisgrüne sind überzeugt, dass nachhaltiger Tourismus eine Chance für die
636 Weiterentwicklung der gesamten Stadt sein sollte. Um nachhaltige Angebote zu fördern,
637 reaktivieren wir den Fonds „Ökologischer Tourismus“ und unterstützen damit Hotels,
638 Gastronomie und andere touristische Anbieter*innen bei Investitionen in Energieeffizienz,
639 Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit. Damit lokale Strukturen wirklich vom Tourismus
640 profitieren können, braucht es jedoch auch klare Steuerung. Wir machen uns daher für die
641 vollumfängliche Umsetzung bisheriger Maßnahmen des Tourismuskonzepts 2018+ stark und wollen
642 diese um eine ressortübergreifende Koordination ergänzen und mit Blick auf die globalen
643 Entwicklungen, insbesondere im Bereich Sustainability, fortschreiben. Damit
644 Kurzzeitvermietung an Tourist*innen nicht zur Wohnungsnot dieser Stadt beiträgt, wollen wir
645 dies durch datengestützte Nachverfolgung und konsequente Umsetzung des
646 Zweckentfremdungsverbots besser regulieren. So stellen wir sicher, dass Tourismus zur
647 Lebensqualität aller beiträgt.

648 Großkonzerte und Veranstaltungen sichern

649 Kulturerlebnisse sind live am intensivsten und besten. "Echte" Erlebnisse, in sozialen
650 Begegnungsräumen und integrativen "Safe Spaces". Wir Bündnisgrüne stehen für Subkultur, die
651 freie Szene und die vielen kleinen Orte der Kreativität. Doch wir wissen auch: Eine
652 Metropole wie Berlin braucht Orte für Großkonzerte, spektakuläre Veranstaltungen und
653 Auftritte von Weltstars. Dass Adele oder Taylor Swift lieber nach München oder Gelsenkirchen
654 statt nach Berlin gekommen sind, ist ein Armutszeugnis für Berlin. Dass die ZDF-
655 Silvesterparty vom Brandenburger Tor nach Hamburg zieht, ist einer Hauptstadt nicht würdig.
656 Wir wollen, dass auch solche Veranstaltungen in Berlin stattfinden, und werden Orte wie das
657 Vorfeld des Flughafens Tempelhof, die Straße des 17. Juni oder das Olympiagelände inklusive
658 der Waldbühne gezielt weiterentwickeln, um dort große Konzerte, Festivals oder Straßenfeste
659 stattfinden lassen zu können. Die Konzerte der Band „Die Ärzte“ und das Projekt „Labor
660 Tempelhof“ haben eindrücklich gezeigt, wie Großveranstaltungen klimaneutral und
661 ressourcenpositiv funktionieren können. Wir wollen und werden dies, wo möglich, immer im
662 städtischen Eigenbetrieb und auf städtischen Flächen praktizieren und lehnen Verträge mit
663 Eventim wie bei der Waldbühne ab. Alle diese Geschäftsmodelle, egal ob im Sport-, Musik-,
664 Show- oder Eventbereich, müssen dabei für alle Berliner*innen erschwinglich und barrierearm
665 zugänglich sein.

666
667 Überteuerte Konzerte und Veranstaltungen werden wir auf landeseigenen Flächen genauso wenig
668 unterstützen, wie Sportveranstaltungen ohne fair kalkulierte Eintrittskartenkontingente,
669 insbesondere, wenn sie geförderte Infrastrukturen nutzen.

670 2.4. Lebendige Clubkultur – Berliner Clubs schützen

671 Die vielen Berliner Clubs und Kollektive schaffen vielfältige Räume, in denen Musik und
672 Kultur jenseits des Mainstreams stattfinden können. In ihrer Vielfalt sind sie ein wichtiger
673 Bestandteil der Kultur und bieten kreativen Freiraum. Um Berlins Clubszene beneidet uns die

674 ganze Welt. Sie ist Teil der internationalen Ausstrahlungs- und Anziehungskraft Berlins und
675 einer der Gründe dafür, dass Tourist*innen und neue Bewohner*innen in die Stadt kommen, und
676 somit auch ein relevanter Wirtschaftsfaktor und wichtiger Teil der Nachtökonomie. Die
677 Berliner Clubs leisten einen relevanten Beitrag zu Beschäftigung, Wertschöpfung und urbaner
678 Entwicklung. Clubs sind zudem Orte der gesellschaftlichen Begegnung und individuellen
679 Entfaltung sowie Safer Spaces für marginalisierte oder diskriminierte Gruppen.

680 Doch der Status Berlins als Epizentrum und Innovationsmotor der internationalen Clubkultur
681 hat in den letzten Jahren Kratzer bekommen: Immer wieder geraten Clubs und Musikspielstätten
682 aufgrund steigender Kosten und Mieten, Nutzungskonflikten und den Nachwirkungen der Covid-
683 19-Pandemie unter Druck oder werden durch Immobilienspekulation, private Bauvorhaben und
684 fehlender baurechtlicher Anerkennung verdrängt. Die Schließung des SchwuZ und anderer
685 Standorte sind ein großer Verlust für die Berliner Kulturlandschaft. Ein stärkeres und
686 gezieltes Engagement des Senats hätte helfen können das zu verhindern. Stattdessen bedrohen
687 die Pläne des Bundes und des Senats zum Weiterbau der A 100 gleich mehrere weitere Berliner
688 Club-Standorte.

689 Club-Standorte schützen und Kulturorte sichern

690 Wir Bündnisgrüne wollen Berlins Clubkultur erhalten und gezielt weiterentwickeln. Neben dem
691 von uns eingeführten Schallschutzfonds und der Unterstützung der Arbeit der Clubcommission
692 nutzen wir sämtliche Instrumente, um Clubs, kleine Musikspielstätten und Open-Air-Formate
693 langfristig zu sichern: von einer besseren Absicherung durch planungsrechtliche Vorgaben und
694 Auflagen durch Land und Bezirke über vereinfachte Genehmigungsverfahren und die gezielte
695 Unterstützung von Zwischennutzungen bis zu unserem Einsatz für ein soziales
696 Gewerbemietrecht, die Definition von Clubs als Kultureinrichtungen im Baugesetzbuch und eine
697 Lärmschutz-Reform auf Bundesebene.

698 Förderung für Clubs einführen und Kooperationen ausbauen

699 Zukünftig müssen auch Clubs mit kuratierten Programmen eine eigene Förderkulisse bekommen.
700 Wir setzen uns für eine Förderung der künstlerischen Arbeit in der Clubkultur ein und sorgen
701 dafür, dass der Tag der Clubkultur nebst Preisgeld in der Hand der Szene bleibt. Wir stärken
702 die Vernetzung und die ressortübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Nachtökonomie und
703 wollen für akut bedrohte Orte der Clubkultur einen Notfallfonds einrichten. Ergänzend setzen
704 wir uns für eine strukturorientierte Förderung ein, die Planungssicherheit schafft und
705 nachhaltiges Wirtschaften unterstützt. Und wir unterstützen Club-Betreiber*innen, Kollektive
706 und die Clubcommission darin, die Awareness-Arbeit zu stärken und gegen Diskriminierung
707 jeglicher Art vorzugehen. Das erfolgreiche Drug-Checking-Projekt setzen wir gemeinsam fort.
708 Wir unterstützen Klimaschutz und Nachhaltigkeit in der Berliner Clubszene durch konkrete
709 Weiterbildungsprogramme. Wir wollen an den Erfolg der Jugendkulturkarte anknüpfen und unter
710 Einbindung der Clubs prüfen, ob ein dauerhaftes Modell, angelehnt an das Modell der
711 ClassicCard, eingeführt werden kann.

712 2.5. Soziales Berlin – gerecht, solidarisch und 713 füreinander da

714 Berlin funktioniert nur gemeinsam. Unsere Stadt lebt von Solidarität, Gerechtigkeit und dem
715 Vertrauen darauf, dass niemand zurückgelassen wird. Wir Bündnisgrüne wollen, dass alle
716 Menschen, unabhängig von Sprache, Herkunft oder Aufenthaltsstatus, in schwierigen

717 Lebenslagen schnell und unbürokratisch die Unterstützung erhalten, die sie wirklich
718 benötigen. Niemand soll an Formularen, Zuständigkeiten oder Angst vor den Behörden
719 scheitern.

720 Unser Ziel ist ein starkes soziales Netz, das Sicherheit und Chancen für alle bietet. Armut,
721 Wohnungslosigkeit oder soziale Ausgrenzung können jede*n treffen – deshalb bauen wir Hürden
722 ab und sorgen dafür, dass Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird.

723 Wir wollen eine Stadt, in der Hilfesuche kein Makel, sondern Ausdruck von Zusammenhalt ist.
724 Denn alle Menschen haben ein Recht auf die Leistungen des Sozialstaates – und auf eine
725 Gesellschaft, die stolz darauf ist, füreinander einzustehen.

726 Berlin soll ein Ort sein, an dem soziale Gerechtigkeit spürbar ist, der Nachbarschaften
727 stärkt und Gemeinschaft trägt – eine Stadt, in der Zusammenhalt die Grundlage für ein gutes
728 Leben für alle bildet.

729 Armut wirksam bekämpfen statt verwalten

730 Unser Sozialsystem soll Menschen unterstützen, nicht Bürokratie verwalten. Heute sind
731 Verfahren oft zu kompliziert und überlasten sowohl Antragstellende als auch Beschäftigte.
732 Wir wollen, dass Hilfe schneller, einfacher und gerechter ankommt und unnötige
733 Bürokratieprozesse abschaffen.

734 Dafür treiben wir Grüne die Digitalisierung der Sozial-, Jugend- und Wohnungsämter voran.
735 Digitale Prozesse sollen Anträge erleichtern, Wartezeiten verkürzen und Bürokratie abbauen.
736 Digitalisierung ersetzt dabei keine persönliche Beratung – sie schafft Freiräume für sie.
737 Ziel ist eine „One-Stop-Agency“, bei der Leistungen gebündelt und mit einem einzigen Antrag
738 bewilligt werden können. Ein erster Schritt ist die automatische Gewährung von Kinder- und
739 Elterngeld ab der Geburt nach dem Hamburger Modell „Kinderleicht zum Kindergeld“.

740
741 Um das Angebot unserer Behörden verbessern zu können, müssen wir die internen Prozesse in
742 den Verwaltungen vollständig digitalisieren. Dafür führen wir übergreifend in allen
743 Verwaltungen die E-Akte ein, sorgen für sichere Kommunikation der Daten zwischen den
744 Behörden und integrieren sichere KI-Systeme zur Reduktion der Arbeitsbelastung. Zukünftig
745 sollen Bürger*innen Daten nur einmalig vorlegen müssen. Dieser vereinfachte Datenaustausch
746 unter allen Sozial-, Jugend und Wohnungsämtern ist ein wichtiger Schlüssel, um Unterlagen
747 nicht mehrfach einreichen zu müssen sowie Bedürftigkeitsprüfungen bei gleichen oder
748 ähnlichen Maßstäben nur einmal durchzuführen.

749 Gleichzeitig stellen wir sicher, dass Verwaltungsprozesse diskriminierungsfrei, barrierearm
750 und traumasensibel gestaltet sind, mit verbindlichen Standards, Fortbildungen und wirksamen
751 Beschwerdewegen. Zudem prüfen wir mehrjährige Bewilligungen und vereinfachte
752 Weiterbewilligungen, um Menschen unnötigen Aufwand zu ersparen. Mit mobilen
753 Bürger*innenämtern und mehrsprachigen, barrierearmen Angeboten wollen wir mehr Menschen
754 erreichen. Zur gezielten Armutsbekämpfung wollen wir eine Landeskommission gegen Altersarmut
755 einrichten und die Schuldner*innenberatung stärken und landesweit verankern. Menschen dürfen
756 nicht, weil sie es sich nicht leisten können von Grundbedürfnissen wie Strom und Wärme
757 ausgeschlossen werden. Darum werden wir die Schlichtungsstellen und gezielte
758 Beratungsangebote bei Energieschulden ausbauen.

759 Der BerlinPass soll wieder eingeführt werden – digital oder auf Papier – und
760 einkommensschwachen Menschen einen diskriminierungsfreien und vergünstigten Zugang zu
761 Mobilität, Kultur und Freizeit bieten. Wir Grüne werden uns auf Bundesebene für den Erhalt

762 des Deutschlandtickets und eine dauerhafte Rückkehr zum Ursprungspreis von neun Euro im
763 Monat einsetzen. Bis dahin machen wir mit dem bundesweit gültigen Berliner Klimaticket den
764 Anfang: Menschen mit wenig Geld, bieten wir bezahlbare und klimafreundliche Mobilität für
765 neun Euro im Monat an. Schüler*innen und Freiwilligendienstleistende fahren sogar kostenlos.

766
767 Der Erhalt von Wohnraum ist entscheidend, um Wohnungslosigkeit zu verhindern. Die
768 bezirklichen Sozialen Wohnhilfen wollen wir als Fachstellen weiter stärken und insbesondere
769 die aufsuchende Sozialarbeit und die Online-Beratung ausbauen. Die AV-Wohnen wollen wir
770 endlich rechtssicher aufstellen und dem Bremer und Hamburger Modell folgen. Neben dem
771 Mietspiegel wird dort für die Berechnung der angemessenen Kosten der Unterkunft auch eine
772 Stichprobenerhebung der aktuellen tatsächlichen Mietkosten einbezogen. Ziel ist die
773 Schließung der sogenannten Wohnkostenlücke im Transferbezug. Die Härtefallregelungen wollen
774 wir weiter ausbauen. Die Streichung von Miet- und Heizkostenzuschüssen als Sanktion lehnen
775 wir ab. Zwangsräumungen dürfen künftig nur noch mit Ersatzwohnungen erfolgen. Zudem setzen
776 wir uns zumindest im Winter sowie für vulnerable Personen für ein Zwangsräumungsmoratorium
777 ein.

778 Zugang zu regulärem Wohnraum verwirklichen

779 Wer seine Wohnung verliert, landet oft in einem Teufelskreis aus Notunterkünften,
780 Unsicherheit und fehlender Perspektive. Wohnungslosigkeit darf jedoch nicht zum Dauerthema
781 werden – unser Ziel ist die Vermittlung in regulären Wohnraum.

782 Wir Bündnisgrüne wollen den begonnenen Prozess der gesamtstädtischen Unterbringung
783 abschließen und Unterkünfte qualitativ verbessern. Dazu gehören verbindliche
784 Mindeststandards, Schutzkonzepte gegen Gewalt, verlässliche Sozialberatung und unabhängige
785 Beschwerdestrukturen, damit Unterbringung Würde schützt und Perspektiven eröffnet. Mit dem
786 Landesamt für Unterbringung schaffen wir eine moderne Verwaltung, die Unterbringung
787 koordiniert und aktiv Wohnangebote entwickelt. Dabei setzen wir auf dezentrale
788 Einrichtungen, die Integration in den Sozialraum ermöglichen. Die Bezirke sollen hierfür
789 eine jährliche Pauschale pro Unterbringungsplatz erhalten. Langfristig wollen wir, dass die
790 Unterbringung nur noch gemeinnützig erfolgen darf.

791 Sozialen Wohnungsbau und Unterbringung wollen wir enger verzahnen, um Übergänge in
792 dauerhafte Mietverhältnisse zu erleichtern. Wir wollen ein „Haus der Hilfe“ etablieren, das
793 eine zentrale Anlaufstelle für obdachlose Menschen ist. Den Profit mit Wohnungslosigkeit
794 beenden wir, indem wir das Geschützte Marktsegment ausbauen: Eine städtische Akquiseinheit
795 soll mehr Vermieter*innen gewinnen und vermitteln. Die Mietausfallgarantie wird auf zehn
796 Jahre verlängert, damit jede an wohnungslose Menschen vermietete Wohnung abgesichert ist.

797 Mit Bürgschaften, Förderprogrammen und dem Generalmietermodell stärken wir soziale Träger
798 beim Bau und der Bereitstellung von Wohnraum. Den Härtefallfonds für Energieschulden führen
799 wir fort, um Wohnungsverlust zu verhindern.

800 Wege aus der Obdachlosigkeit ermöglichen

801 Obdachlosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck sozialer Not – und sie
802 darf in einer solidarischen Stadt kein Dauerzustand sein. Wir Grüne wollen mit einem klaren
803 Aktionsplan gegen Straßenobdachlosigkeit den Weg in ein selbstbestimmtes Leben ebnen.

804 Dazu werden wir den Zugang zu menschenwürdigen Unterkünften erleichtern, insbesondere für
805 EU-Bürger*innen ohne Leistungsanspruch, und die Kältehilfe ganzjährig mit einem 24/7-Angebot

806 absichern. Mehrsprachige Beratung und Spezialangebote für besonders vulnerable Gruppen –
807 etwa Frauen sowie Lesben, Schwule, Bisexuellen, trans*, inter* und queere Menschen
808 (LSBTIQ*), Minderjährige, Sexarbeitende und Menschen mit Behinderung – werden gezielt
809 ausgebaut. „Keine Unterbringung ohne Beratung“ bleibt unser Leitprinzip.

810 Wir stärken neben der ganzjährigen Kältehilfe Tages- und Hitzehilfeangebote sowie
811 Beschäftigungs- und Teilhabeprojekte, um den Zugang zu Sozialleistungen zu erleichtern. In
812 der Gesundheitsversorgung wollen wir die niedrighschwelligen Gesundheitszentren und
813 Krankenwohnungen ausbauen und den Zugang zu medizinischer Behandlung auch ohne Versicherung
814 verbessern. Zusätzlich wollen wir als Übergangslösung ausreichend sogenannte Safe Places
815 beispielsweise in Tiny Houses ermöglichen, um obdachlosen Menschen die Möglichkeit zu geben,
816 in Ruhe ihre Lebensverhältnisse zu sortieren. Ebenso stärken wir die psychosoziale
817 Versorgung durch eine enge Zusammenarbeit von Straßensozialarbeit und psychosozialen
818 Diensten direkt in den Kiezen.

819 Mit dem Programm „Housing First“ ermöglichen wir wohnungslosen Menschen den unmittelbaren
820 Zugang zu eigenem Wohnraum – ohne Vorbedingungen. Wir wollen es ausbauen und gemeinsam mit
821 den Landeseigenen Wohnungsunternehmen mehr Wohnungen bereitstellen. Für Housing First und
822 Familien sollen eigene Leistungstypen nach § 67 SGB XII geschaffen werden.

823
824 Die Situation obdachloser EU-Bürger*innen in Berlin hat sich in den letzten Jahren immer
825 weiter zugespitzt. Die Betroffenen sind überwiegend vom Zugang zu Notunterkünften, sozialen
826 Diensten und der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen – mit der Folge, dass sie sich in
827 einer besonders prekären Lebenslage befinden. Wir werden uns gegenüber dem Bund für die
828 sozialen Rechte von Unionsbürger*innen einsetzen.

829 Soziale Orte mit Begegnung schaffen

830 Die beste Prävention gegen Armut und Einsamkeit ist ein starkes soziales Umfeld. Wir Grüne
831 wollen soziale Angebote nah an den Menschen schaffen, gemeinsam weiterentwickeln und
832 gemeinnützige soziale Dienstleister besser vernetzen und unterstützen. Bisher werden
833 sozialräumliche Strukturen wie Altenhilfe, mobile Nachbarschaftsarbeit, Quartiersmanagement
834 oder Wohnungsnotfallhilfe oft isoliert betrachtet. Wir wollen diese integriert denken und
835 koordinieren, damit sie sich gegenseitig stärken.

836 Unser Ziel sind offene Orte der Begegnung, Beratung und Unterstützung, die allen Menschen
837 zugänglich sind – unabhängig von Herkunft oder Alter. Diese nichtkommerziellen Räume bieten
838 Chancen für Austausch, Teilhabe und Gemeinschaft. Mit mobiler Stadtteilarbeit wollen wir
839 Menschen erreichen, denen der Weg in ein Nachbarschaftszentrum bislang zu hochschwellig ist.

840 Mit einem Altenhilfestrukturgesetz wollen wir die Angebote für Menschen über 60 Jahre
841 bündeln, vernetzen und verlässlich finanzieren. Gleichzeitig entwickeln wir mit einer
842 Landesstrategie gegen Einsamkeit Maßnahmen, um gezielt Menschen zu erreichen, die von
843 sozialer Isolation betroffen sind. Das Seniorenmitwirkungsgesetz werden wir partizipativ
844 reformieren, damit ältere Berliner*innen ihre Interessen aktiv einbringen können.

845 Um soziale Ungleichheiten vor Ort gezielt zu bekämpfen, wollen wir die Bezirke mit
846 Flexibudgets für besonders belastete Nachbarschaften ausstatten. So können sie präventiv und
847 nachhaltig auf soziale Herausforderungen reagieren. In diesen Kiezen wollen wir gezielt
848 niedrighschwellige Strukturen wie Sozial- und Schuldnerberatung, Arbeitsmarktunterstützung,
849 Bildungsangebote und Stadtteilarbeit stärken und enger miteinander verzahnen. Ziel ist es,
850 staatliche Angebote so auszugestalten, dass sie erreichbar, wirksam und miteinander

851 abgestimmt sind. So wollen wir Überschuldung, prekäre Beschäftigung und soziale Ausgrenzung
852 frühzeitig abfedern und den Zugang zu Teilhabe, Arbeit und Perspektiven im Kiez erleichtern.

853 Ehrenamt stärken und Zuwendungen vereinfachen

854 Ehrenamtliches Engagement ist ein tragender Bestandteil des sozialen, kulturellen und
855 demokratischen Lebens in Berlin. In Nachbarschaften, Vereinen und Initiativen tragen
856 Engagierte dazu bei, Einsamkeit zu reduzieren, Teilhabe zu ermöglichen, Integration zu
857 fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ehrenamt ergänzt staatliche
858 Leistungen dort, wo formelle Angebote allein nicht ausreichen. Ehrenamt trägt bei den
859 Engagierten selbst zur persönlichen Weiterentwicklung, dem Aufbau ergänzender sozialer
860 Kontakte und der Eröffnung neuer Horizonte bei. Die Berliner Ehrenamtskarte bauen wir als
861 zentrales Anerkennungsinstrument weiter aus.

862 Damit Engagement und soziale Projekte dauerhaft wirken können, wollen wir das
863 Zuwendungsrecht vereinfachen und mehrjährige Förderungen ermöglichen. Viele Initiativen und
864 gemeinnützige Organisationen müssen jedes Jahr um ihre Finanzierung bangen – das schafft
865 Unsicherheit. Wir sorgen für Planungssicherheit und Entbürokratisierung, damit Engagement
866 überall in der Stadt dort ankommt, wo es gebraucht wird: bei den Menschen.

867 Freiwilligendienste fördern und für alle ermöglichen

868 Mit ihrem Freiwilligendienst leisten jedes Jahr tausende junge Menschen in Berlin einen
869 wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Wir wollen diese jungen Menschen in ihrem
870 freiwilligen Engagement stärken und prüfen, wie wir mehr Menschen – unabhängig von ihren
871 finanziellen Ressourcen – dies ermöglichen können. Die Anzahl der Freiwilligenplätze wollen
872 wir absichern und erhöhen. Zu diesem Zwecke erhöhen wir schrittweise deutlich das
873 Taschengeld und Freiwilligendienstleistende fahren mit dem Berliner Klimaticket bundesweit
874 kostenlos. Der Senat soll alle jungen Menschen bei Schulabgang in einem Brief über die
875 Möglichkeiten einen Freiwilligendienst zu absolvieren, informieren und zu einer persönlichen
876 Beratung einladen.

877 Zukunftsprojekte für Berlin (Kapitel 2)

878 Eigentum verpflichtet, auch auf dem Wohnungsmarkt – das Bezahlbare-
879 Mieten-Gesetz

880 Wir Bündnisgrüne schaffen ein Bezahlbare-Mieten-Gesetz. Das Gesetz macht eine Sozialquote
881 bei der Wiedervermietung von Wohnraum verbindlich. Vermieter*innen mit mehr als 50 Wohnungen
882 müssen gestaffelt nach Anzahl ihrer Wohnungen einen bestimmten Anteil ihrer Neuvermietungen
883 zu bezahlbaren Mieten, mindestens aber 20 Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete,
884 vermieten. Außerdem werden wir mit dem Gesetz eine Instandhaltungspflicht und -rücklage
885 einführen. Vermieter*innen müssen einen Mindestanteil der Miete für (laufende)
886 Instandhaltungen nutzen, damit der Wohnraum langfristig und dauerhaft in einem guten Zustand
887 bleibt.

888 Vermieter*innen, die sich nicht an die gesetzlichen Vorgaben halten, müssen die Einsetzung
889 von Treuhändern und Instandhaltungsmaßnahmen dulden, die auf ihre Kosten umgesetzt werden,
890 damit der Wohnraum langfristig und dauerhaft in einem guten Zustand bleibt. Wirkt das alles

891 nicht und werden sie mehrfach abgemahnt, müssen sie im Laufe von zwei Jahren ihre Wohnungen
892 – vorzugsweise an ein landeseigenes Unternehmen – veräußern.

893 Bürobau stoppen – Leerstand nutzen

894 In Berlin stehen über 1,7 Millionen Quadratmeter Büroflächen leer. Wir wollen den Umbau von
895 Büros zu bezahlbarem Wohnraum mit einem neuen Förderprogramm unterstützen. Wo immer es
896 möglich ist, sollen ungenutzte Büroflächen in Wohnungen umgewandelt werden. Berlin braucht
897 derzeit keine neuen Bürogebäude, sondern die bessere Nutzung der bestehenden Bauten. Daher
898 werden wir ein Moratorium für den Neubau von Bürogebäuden verhängen und kein weiteres
899 Baurecht für neue Bürogebäude erteilen. Wir wollen statt dessen für die Schaffung von Wohnraum
900 sorgen.

901 Bezahlbare Mobilität für alle - mit den sozialen Klimaticket

902 Für mehr Bezahlbarkeit im Alltag und effektiveren Klimaschutz schaffen wir einen Nahverkehr,
903 der für alle zugänglich, sicher und bezahlbar ist – unabhängig von Alter, Einkommen oder
904 Mobilitätsbedarf. Und eine Mobilität über Berliner Landesgrenzen hinaus. Wir Grüne werden
905 uns auf Bundesebene für den Erhalt des Deutschlandtickets und eine dauerhafte Rückkehr zum
906 Ursprungspreis von neun Euro im Monat einsetzen. Bis dahin machen wir mit dem bundesweit
907 gültigen Berliner Klimaticket den Anfang: Menschen mit wenig Geld bieten wir bezahlbare und
908 klimafreundliche Mobilität für neun Euro im Monat an. Schüler*innen und
909 Freiwilligendienstleistende fahren sogar kostenlos.